

Wandel in Frankreich

François Hollande ist das siebte Staatsoberhaupt der Fünften Republik

Gérard Foussier*



Frankreich hat zum zweiten Mal in der Geschichte der Fünften Republik einen sozialistischen Staatspräsidenten. Der amtierende Staatschef, Nicolas Sarkozy, wurde abgewählt – so wie der bürgerliche Amtsinhaber Valéry Giscard d'Estaing 1981, der die Wahl gegen den den sozialistischen Kandidaten François Mitterrand verloren hatte.

Die Bilanz der fünfjährigen Amtszeit Sarkozys ist sicher einer der Gründe, warum er nicht wiedergewählt wurde. Aber die Person Sarkozy selbst und sein Regierungsstil gelten als die Hauptgründe seiner Niederlage. Es gelang dem Staatspräsidenten immerhin, den Rückstand zu seinem Herausforderer in den letzten zwei Wochen vor

der Stichwahl am 6. Mai zu verringern, obwohl sich kein einziger der Kandidaten, die im ersten Wahlgang am 22. April ausgeschieden waren, für Sarkozy ausgesprochen hat. Noch nie in der Geschichte der Fünften Republik war ein amtierendes Staatsoberhaupt so auf sich allein gestellt, ohne jegliche Wahlhilfe anderer Bewerber. Von den

Dans l'attente du « troisième tour »

L'élection de François Hollande   l'Ellys e le 6 mai 2012 reflète le mécontentement général des électeurs après cinq années de présidence sous Nicolas Sarkozy. La situation économique et sociale de la France n'était pas à la hauteur des attentes et surtout des promesses lancées en 2007. Pour la première fois dans l'histoire de la Cinquième République, un pr sident sortant a affronté un second tour sans aucun autre soutien que celui de ses amis politiques. De l'extrême-gauche à l'extrême droite, en passant par le centre, généralement de tendance plus conservatrice, tous les candidats malchanceux du premier tour ont refusé de recommander à leurs électeurs de voter pour Nicolas Sarkozy.

Les déclarations de François Hollande pendant la campagne sur une renégociation du pac-



te fiscal ont certes remis à l'ordre du jour, aussi bien au sein du gouvernement allemand qu'à la Banque centrale européenne, le volet croissance

des efforts européens pour surmonter la crise. Mais les partenaires de la France ne veulent pas tous remettre en cause les compromis acquis après d'apres négociations. Berlin, comme beaucoup d'autres observateurs, attend les résultats du « troisième tour », celui des législatives des 10 et 17 juin. Car le nouveau pr sident, élu sur un rejet de son prédécesseur, doit désormais trouver à l'Assemblée nationale un soutien parlementaire pour mettre en place son projet.

Peut-être que François Hollande tiendra compte des symboles du calendrier : le 6 mai, jour de son élection, est la fête de Saint Prudence...
R d.

* Gérard Foussier ist Chefredakteur von *Dokumente/Documents* und Pr sident des *Bureau International de Liaison et de Documentation* (B.I.L.D.).

Französische Präsidentschaftswahlen 2012

Erster Wahlgang, 22. April 2012

Wahlberechtigte: 46 028 542
 Wahlbeteiligung: 36 584 399 (79,48 %)
 Gültige Stimmen: 35 883 209 (77,96 %)

Kandidaten	Partei bzw. Bewegung	Stimmen	%
François Hollande	Parti socialiste (PS)	10 272 705	28,63
Nicolas Sarkozy	Union pour un Mouvement Populaire (UMP)	9 753 629	27,18
Marine Le Pen	Front National (FN)	6 421 426	17,90
Jean-Luc Mélenchon	Front de Gauche	3 984 822	11,10
François Bayrou	Mouvement démocratique (MoDem)	3 275 122	9,13
Eva Joly	Europe-Ecologie-Les Verts (EELV)	828 345	2,31
Nicolas Dupont-Aignan	Debout la République	643 907	1,79
Philippe Poutou	Nouveau Parti anticapitaliste(NPA)	411 160	1,15
Nathalie Arthaud	Lutte Ouvrière (LO)	202 548	0,56
Jacques Cheminade	Solidarité et Progrès	89 545	0,25

Quelle: Französisches Innenministerium

Zum Vergleich

In Deutschland haben 36,69 % der 68 399 Wahlberechtigten (25 314, davon 25 098 gültige Stimmen) ebenfalls François Hollande (32,23 %) und Nicolas Sarkozy (28,19 %) für die Stichwahl gewählt. François Bayrou kommt mit 14,5 % auf den dritten Platz, gefolgt von Eva Joly mit 11,18 %. Jean-Luc Mélenchon erhält 7,65 % der Stimmen, für Marine Le Pen stimmen nur 3,62 % der Deutschland-Franzosen. Die übrigen Kandidaten bleiben unter 1 %.



Zweiter Wahlgang, 6. Mai 2012

Wahlberechtigte: 46 066 307
 Wahlbeteiligung: 37 016 309 (80,35 %)
 Gültige Stimmen: 34 861 353 (75,68 %)

			In Deutschland	
	Stimmen	%	Stimmen	%
François Hollande	18 000 668	51,64	15 919	56,39
Nicolas Sarkozy	16 860 685	48,36	12 307	43,60

Quelle: Französisches Innenministerium

Linksextremen (Trotzkisten, Kommunisten, Antikapitalisten) bis zu den Rechtsextremen (Nationale Front), aber auch für die Liberalen in der politischen Mitte (*MoDem*), galt das Motto: „*TSS, tout sauf Sarkozy*“ (alles, nur nicht Sarkozy).

Die Wahl Hollandes bzw. die Abwahl des Präsidenten reflektiert den Pessimismus des Wahlvolkes, das noch kein Ende der sozialen und wirtschaftlichen Krise sah – eine hohe Arbeitslosigkeit (vor allem bei der Jugend), eine dramatische Situation der öffentlichen Finanzen (mit einer Staatsverschuldung in Rekordhöhe), ein belastetes Wachstumspotential, eine schlechte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ... Frankreich hat an *Grandeur* verloren.

François Hollande hat einen Abbau der öffentlichen Defizite bis 2017 versprochen; er hat bereits eine Steuerpolitik angekündigt, die eine höhere Einkommensteuer und Vermögenssteuer für Spitzenverdiener vorsieht; er will die Rentenreform von 2010 teilweise zurücknehmen; er plant die Gründung einer öffentlichen Investitionsbank für den Mittelstand und für die Energiewende; er will im Laufe seiner Amtszeit 60 000 neue Stellen im Bildungswesen (nicht nur Lehrpersonal) schaffen; und er setzt auf einen „Generationenvertrag“ in den Unternehmen, damit junge und ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden. Solche Initiativen kamen in einem von der Krise (in Frankreich, in Europa, in der Welt) gezeichneten Wahlkampf gut an.

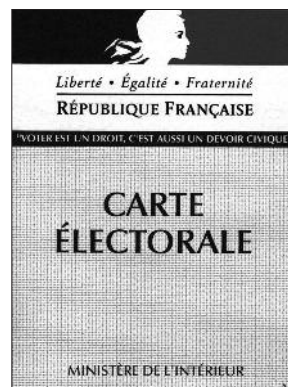
Der neue Staatspräsident muss nun Klartext reden, wie er seine notwendige Reformpolitik umsetzen will. Er muss noch zeigen, wie groß sein finanzieller und politischer Spielraum sein wird. Die schweren Krisen (Wirtschaft, Verschuldung, Euro, Banken) sind bei weitem nach den französischen Präsidentschaftswahlen nicht vorbei. Sowohl die Finanzmärkte als auch die europäischen Partner Frankreichs warten mit Spannung auf die ersten Maßnahmen der neuen Regierung, wohl wissend, dass die Haushaltskonsolidierung Opfer verlangen wird, die möglicherweise großzügige Versprechen des sozialistischen Kandidaten, zum Beispiel über Wachstum, in Frage stellen werden.

Die Lage ist klar: Der industrielle Standort hat an Bedeutung verloren, aus vielen Gründen, die mit der zentralistischen Struktur des Landes zu

tun haben; die Forschung kriselt; der Mittelstand existiert nicht richtig; die öffentlichen Ausgaben sind sehr hoch; das Wachstumspotential ist begrenzt. Nicolas Sarkozy hat zwar etliche Reformen durchgesetzt, wogegen sich übrigens die Opposition und die Gewerkschaften immer wieder ausgesprochen haben, aber was Frankreich braucht, ist eindeutig nur eins: eine durchgreifende Strukturreform – ob Deutschland dabei als Modell gelten kann, wie manche im Wahlkampf behauptet und andere wiederum abgelehnt haben, kann nicht die Frage sein, solange beide Länder unterschiedlich in ihrer Infrastruktur bleiben: Zentralismus gegen Föderalismus ist nur ein Beispiel, die Bedeutung der Sozialpartner, vor allem der Dialog mit ihnen, ein anderes.

Der „dritte Wahlgang“

Die Eigendynamik der Präsidentschaftswahlen favorisierte bis jetzt, sofern die Parlamentswahlen direkt danach stattfanden, immer die Partei des



Siegers, so dass das Staatsoberhaupt immer über eine parlamentarische Mehrheit verfügte. Bis zu den Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni (der „dritte Wahlgang“) spielt die Taktik die größere Rolle, denn – so will es das französische Mehrheits-

wahlrecht – die beiden Wahlgänge verlangen von den Kandidaten in vielen Wahlkreisen politisches Kalkül, wenn sie sich behaupten wollen ([Dokumente/Documents](#) wird in der Ausgabe 3/2012 über das Ergebnis dieser Wahl berichten).

Schon sehr früh hat François Hollande erkannt, dass man auf mühsame lokale Verhandlungen zwischen der Stichwahl und den Parlamentswahlen verzichten kann, wenn sich die sozialistische Partei (PS) und die Grünen bereits vor den Präsidentschaftswahlen darauf einigen, in den meisten Wahlkreisen einen gemeinsamen Kandidaten für die Nationalversammlung zu nennen.

Dadurch können die Grünen auf Sitze hoffen, die sie nicht bekämen, wenn sie getrennt kandidieren würden.

Schwieriger wird der Umgang mit den Linksextremen (*Front de gauche*) um Jean-Luc Mélenchon, der sich am Abend des ersten Wahlgangs zwar „ohne Gegenleistung“ für Hollande, aber eigentlich eher gegen Sarkozy, ausgesprochen hat. Als Anerkennung für diese Unterstützung könnte hie und da bei einer Stichwahl im Juni ein Linksfront-Kandidat favorisiert werden. Dass nicht jeder PS-Lokalmatador diese Lösung akzeptiert, ist durch das schwache Ergebnis der Grünen am 22. April (2,3 %) und durch die unrealistischen Vorstellungen der Linksfront (gegen Globalisierung, Kapitalismus, Neoliberalismus, Europa, Euro, NATO und mehr) zu erklären.

Der neue Staatspräsident

François Hollande, geboren 1954 in Rouen, war 1981 Wirtschaftsberater von Staatspräsident François Mitterrand, von 1988 bis 1993 und von 1997 bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten Abgeordneter in der Nationalversammlung, und von 1997 bis 2008 an der Spitze (*premier secrétaire*) der sozialistischen Partei (PS). 1999 saß er für zwei Jahre im europäischen Parlament in Straßburg. 2001 bis 2008 war er Bürgermeister von Tulle, seit 2008 ist er Präsident des *Département* Corrèze.

Spätestens seit der Niederlage seiner damaligen Lebensgefährtin Ségolène Royal bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 (gegen Nicolas Sarkozy) hat sich Hollande auf diese Wahlen vorbereitet. 2011 konnte er sich bei einer Vorwahl mit großer Mehrheit gegen sechs weitere Kandidaten seiner Partei, (unter ihnen Ségolène Royal und seine Nachfolgerin im Parteivorsitz, Martine Aubry) behaupten, um gemeinsamer Kandidat der Sozialisten zu sein. Fast ein ganzes Jahr lang galt er in den Umfragen als der haushohe Favorit für die Nachfolge von Nicolas Sarkozy.

G. F.

Die bürgerlichen Parteien, versammelt um die Union für eine populäre Bewegung (*Union pour un mouvement populaire*, UMP), werden sich nun

schnell Gedanken über ihre zukünftige Strategie machen müssen, wenn sie vermeiden wollen, dass die persönliche Niederlage ihres Kandidaten Sarkozy in eine programmatische Niederlage umgedeutet wird. Wie sich die einzelnen UMP-Kandidaten, auch auf Kosten des eigenen Erfolgs, von den Anhängern der Nationalen Front (FN) um Marine Le Pen distanzieren können, ist schwer vorauszusagen. Ein lokaler Sieg mit FN-Unterstützung wäre ein Pyrrhus-Sieg. Eine Niederlage zugunsten eines FN-Kandidaten würde den Weg der Rechtsextremen ins Parlament weit öffnen, die UMP-Bewegung diskreditieren und die Überlebenschancen der Neo-Gaullisten auf der politischen Szene gefährden.

Auch die Rolle der *MoDem*-Wähler im eher konservativen politischen Zentrum muss neu definiert werden. Zu lange hat François Bayrou, der zum dritten Mal erfolglos für das höchste Amt kandidierte, mit seiner Empfehlung an die eigenen Wähler, bei der Stichwahl für Sarkozy oder für Hollande zu stimmen, gewartet. Wie sich der Wähler letzten Endes entscheidet, verraten die Urnen erst am Abend des Wahltages. Aber anders als in Deutschland, wo Parteien erst nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse über mögliche Koalitionen verhandeln, können die französischen Parteiführer vor einer Stichwahl (wo der Wunschkandidat möglicherweise nicht mehr antreten kann) nur eine Wahlempfehlung aussprechen. Die Entscheidung treffen die Wähler ganz alleine in der Wahlkabine. Bekanntlich ist in Frankreich der Begriff der Parteidisziplin eher ein Fremdwort. Ebenso gelten die Franzosen immer noch als ein Volk von Individualisten.

Im Namen des *MoDem* hat François Bayrou keine allgemeine Empfehlung ausgesprochen, aber öffentlich verkündet, dass er sich persönlich für Hollande entschieden hat – eine Entscheidung, die seine Partei teilweise mit Unmut aufgenommen hat. Hollande hat am 6. Mai sicherlich davon profitiert; Bayrou und seine Partei werden sich aber nur schwer von diesem Schritt erholen.

Auch wenn vieles dafür spricht, dass François Hollande über eine linke Mehrheit im Parlament verfügen wird (eine Mehrheit in der zweiten Kammer, dem Senat, hat er bereits), kann ein anderer Ausgang nicht ganz ausgeschlossen werden,

denn das am 6. Mai erreichte Ziel, Nicolas Sarkozy abzuwählen, kann nicht mehr Thema im parlamentarischen Wahlkampf sein. Nicht jeder Anti-Sarkozy-Wähler ist gegen die bisherige Politik, aber auch nicht jeder Hollande-Wähler begeistert sich für das angekündigte Programm des neuen Staatschefs. Alle Kandidaten der Linksextremen haben bereits angekündigt, dass sie nur Hollande wählen, um Sarkozy aus dem Elysée-Palast zu vertreiben, nicht aber, um an einer linken Regierung teilzunehmen. Ganz im Gegenteil: Jean-Luc Mélenchon hat einen heißen Herbst vorausgesagt, falls die Politik Hollandes nicht seinen Erwartungen entsprechen sollte. Das wäre sozusagen der „vierte Wahlgang“, der in diesem Fall auf der Straße stattfinden würde.

Das deutsche Modell

Für Deutschland bedeutet die Wahl vom 6. Mai ein Neuanfang. Aufmerksam wurde verfolgt, wie die deutsche Politik zeitweise im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand und wie heftig manche Äußerungen waren. Vor allem die Absicht von Hollande, den Fiskalpakt neu zu verhandeln, ist bei der Bundeskanzlerin auf Ablehnung gestoßen. Man wird sicherlich, in Paris und in Berlin, versuchen, die Wogen zu glätten und die starken Wahlkampftöne zu relativieren. Die Sprachregelung könnte sein: ja doch zum Fiskalpakt (mit dem Haushaltsdefizite in Europa automatisch bestraft werden können), aber ja auch zu einem Wachstumspakt. Europa soll wachsen, und nicht nur sparen. Selbst die europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt teilt inzwischen diese Meinung. Also: Nicht das bisherige Paket aufschnüren, sondern das Angebot um eine weitere Maßnahme ergänzen. Eine rein rhetorische Lösung, die schließlich daran erinnert (was allerdings immer wieder vergessen wird), dass bereits die Maastricht-Kriterien von 1992, die sogenannten EU-Konvergenzkriterien, nicht nur als Kriterien für Stabilität, sondern auch für Wachstum formuliert worden sind.

Solange die französischen Parlamentarier das Vertragswerk nicht ratifizieren, müssen die anderen Parlamentarier in der europäischen Union warten. Jede Verzögerung, jedes Zögern kann für die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation,

nicht nur in Frankreich, gravierende Folgen haben. Die Drohgebärde im Hintergrund ist klar: bekanntlich reagieren die Finanzmärkte wesentlich schneller als die Politik. Und vergessen haben sie sicherlich nicht, dass Hollande sie während seines Wahlkampfes zu seinem Hauptgegner erklärt hat. Allerdings bedeutet der Wahlsieg des Sozialisten, anders als 1981, keinen eindeutigen linken Erdbeben. Die Reaktionen der Finanzmärkte erklären sich eher durch Unsicherheit als durch unterstellte Revolution. Und François Hollande galt bis jetzt nicht gerade als experimentierfreudiger Politiker.

Andere rhetorische Lösungen sind indes ebenfalls möglich: Der neue Präsident will nicht jene Schuldenbremse für Frankreich, die im europäischen Fiskalpakt vorgesehen ist. Man kann es vielleicht anders formulieren: Er will eine solche Schuldenbremse nicht in der französischen Verfassung – sozusagen für die Ewigkeit – verankern; ein einfaches, zeitlich begrenztes Gesetz könnte ausreichen, um dafür zu sorgen, dass der Staat seine Defizite bis 2016 abbaut. Der Wechsel im Elysée-Palast muss nicht mit einem radikalen Kurswechsel verbunden sein – in Frankreich nicht, in Europa nicht, in den deutsch-französischen Beziehungen schon gar nicht.

Berlin beobachtet also die Entwicklungen in Paris. Auch die SPD, so sehr sie einen Sieg der Linken in Frankreich begrüßt, möchte nun gerne wissen, wie leidenschaftlich die Begeisterung für bzw. die Kritik an Deutschland tatsächlich ist. Immer wieder wurde das Paar Merkel–Sarkozy erwähnt („Merkozy“), aber Nicolas Sarkozy, der sets die mutige Agenda 2010 lobte, bezog sich im Wahlkampf immer wieder auf den sozial-demokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder, welcher angeblich die Kandidatur des amtierenden Präsidenten unterstützte. Es gibt also noch Gesprächsbedarf zwischen PS und SPD, wie zwischen der neuen linken Regierung in Paris und der christlich-liberalen Bundesregierung.

Eins hat François Hollande sich möglicherweise am Tag seiner Wahl bei einem Blick in den Kalender gemerkt. Am 6. Mai nämlich hat ein wenig bekannter Heiliger Namenstag, dessen Name schon Programm ist: *Prudence* – Vorsicht auf Deutsch.